

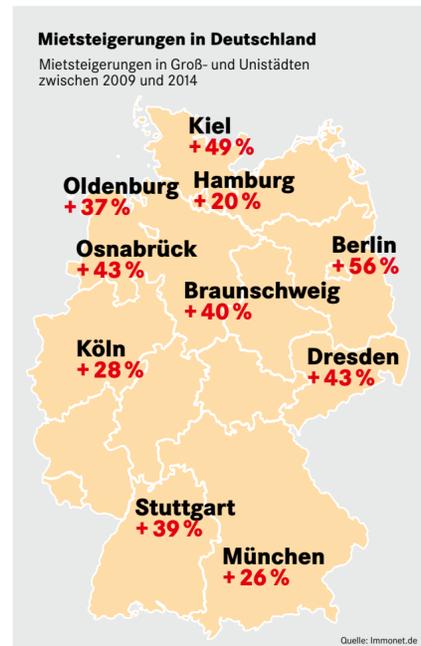
Kein AUSVERKAUF
der STADT
VERDRÄNGUNG
STOPPEN

NIEDRIGE MIETE
STATT HOHE RENDITE!

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!

In den Ballungsräumen, Groß- und Universitätsstädten in Deutschland explodieren die Mieten. Mittlerweile finden selbst viele Normalverdienende keine bezahlbare Wohnung mehr – Arme, Studierende, Rentner*innen oder Geflüchtete erst recht nicht. Verdrängung ist die Folge. Wer sich seine Wohnung nicht mehr leisten kann, muss immer häufiger sein gewohntes Umfeld verlassen und an den Stadtrand ziehen. So wird die soziale Entmischung unserer Städte vorangetrieben und es entstehen zunehmend Viertel für Reiche im Zentrum und Viertel für Arme an den Rändern. Zwar hat ein regelrechter Bauboom in den Innenstädten eingesetzt, doch verschärft dieser das Problem, anstatt es zu lösen. Die neuen Wohnungen entstehen fast ausschließlich im Luxussegment, nur fünf Prozent der Neubauten sind auch für Durchschnittsverdienende bezahlbar. Die Regierung versagt bei der Lösung der Probleme, DIE LINKE im Bundestag fordert folgende Verbesserungen:



Mietpreisbremse nachbessern, Mieten deckeln!

Die groß gefeierte Mietpreisbremse versagt vor allem, weil es zahlreiche Ausnahmen gibt: Bei Neubauten, modernisierten und möblierten Wohnungen oder wenn die Vormiete schon höher als die ortsübliche Miete war. Diese Lücken nutzen die Vermieter*innen aus und müssen daher geschlossen werden: Die Mietpreisbremse muss ohne Wenn und Aber für alle Wohnungen gelten. Außerdem steht es den Bundesländern frei, ob und wo sie die Regelung überhaupt umsetzen. DIE LINKE sagt: Die Mietpreisbremse muss flächendeckend und unbefristet gelten, nicht nur für die nächsten fünf Jahre.

Und schließlich: Die Mietpreisbremse erlaubt Mieterhöhungen von 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Von einer Bremse kann also keine Rede sein. In bestehenden Mietverhältnissen und bei Wiedervermietung sollte die Kaltmiete grundsätzlich nur im Rahmen des Inflationsausgleiches erhöht werden dürfen, wenn sich am Zustand der Wohnung nichts geändert hat. Es kann nicht sein, dass ein Vermieter, der die Mietpreisbremse ganz bewusst unterläuft, nicht mit Strafen rechnen muss. Wir brauchen hier empfindliche Sanktionen.



Solange die Mietspiegel wie bislang nur die Mietverträge der letzten vier Jahren berücksichtigt, wird die Mieterhöhung quasi zum Gesetz. Denn in den letzten vier Jahren sind die Mieten in fast allen Ballungsräumen explodiert. Um den Mietanstieg endlich wirksam zu deckeln, müssen künftig alle Bestandsmieten in die Berechnung der Mietspiegel einbezogen werden.

Keine Entmietungen, keine Verdrängung, keine Zwangsraumungen!

Die Modernisierungumlage ist zumindest in den Großstädten eines der zentralen Instrumente von Vermieter*innen, um Mieter*innen mit ungeliebten, überzogenen und überbewerteten Baumaßnahmen aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Unverblümt ist oft von »Herausmodernisierung« die Rede. DIE LINKE im Bundestag setzt sich dafür ein, die Umlage für Sanierung und energetische Modernisierung zunächst von elf auf fünf Prozent zu reduzieren und zeitlich zu begrenzen. Mittelfristig muss die Modernisierungumlage gänzlich abgeschafft werden. Die Kosten der energetischen Gebäudesanierungen müssen gerecht verteilt und dürfen nicht mehr allein auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Auch die Vermieter*innen sollen ihren Anteil tragen, außerdem ist eine ausreichende öffentliche Förderung bereitzustellen.

Die Zahl der Zwangsraumungen hat deutlich zugenommen. Allein in Berlin wurden in den letzten Jahren täglich etwa 20 Mieter*innen zwangsgeräumt. Zwangsraumungen sind jedoch nur ein Mittel, das Vermieter*innen anwenden, um Mieter*innen aus der Wohnung zu bekommen, damit sie diese anschließend zu deutlich höheren Preisen neu vermieten können. Wir sind der Überzeugung, dass niemand in Folge eines Eigentümer*innenwechsels oder aufgrund von Umbaumaßnahmen vertrieben werden darf.

DIE LINKE im Bundestag will Zwangsraumungen verhindern und Zwangsumzüge bei Menschen, die Transferleistungen erhalten, ausschließen. Das Recht auf Eigenbedarfskündigungen muss eingeschränkt und der Kündigungsschutz für betroffene Mieter*innen ausgebaut werden.

Die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und die Zweckentfremdung von Miet- als Ferienwohnungen wollen wir stoppen.



Mieter*innenrechte stärken!

Die angekündigte Reform des Mietrechtes zum Schutz der Mieter*innen ist nicht in Sicht und die Verschlechterungen der letzten Mietrechtsreform unter einer schwarz-gelben Regierung wurden bisher nicht zurückgenommen.

Um die Rechte von Mieter*innen gegenüber den Interessenvertreter*innen der Vermieter*innen auch vor Gericht besser durchsetzen zu können, brauchen wir ein neues Verbandsklagerecht für Mieter*innenorganisationen. Des Weiteren soll die kommunale Wohnungsaufsicht personell und inhaltlich ausgebaut werden, um z. B. Mietwucher, Leerstand und Wohnungsmängel wirksam zu begegnen.

Bei öffentlichen Wohnungsunternehmen müssen die demokratischen Mitwirkungsrechte von Mieter*innen in Beiräten gestärkt werden und Vertreter*innen Sitze in den Aufsichtsräten erhalten. Auch bei den Genossenschaften unterstützen wir die Demokratisierung und wollen das Genossenschaftsrecht entsprechend ändern. Die Genossenschaftsmitglieder sollen mehr Mitsprache erhalten und über die Höhe der Miete sowie über Investitionen und Modernisierungen selbst entscheiden können. Die Geschäftsprozesse und Geldströme der Genossenschaften müssen gegenüber ihren Mitgliedern vollständig offengelegt werden.



Privatisierung und Spekulation stoppen!

Einer der größten Preistreiber bei den Grundstücken für Wohnungsbau ist ausgerechnet der Bund selbst. Die für den Verkauf nicht mehr benötigter Immobilien zuständige Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) veräußert diese fast immer zum Höchstpreis, anstatt sie Ländern und Kommunen zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums zur Verfügung zu stellen. Diese Praxis muss dringend geändert werden.

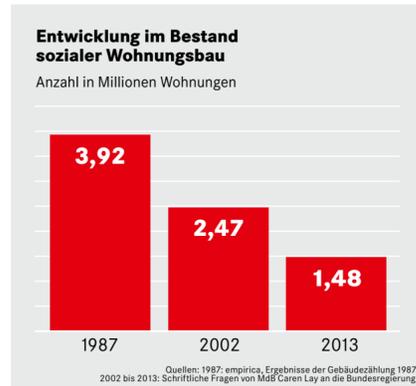
Wir wollen, dass Grundstücke öffentlicher Eigentümer künftig im Erbaurecht und bevorzugt an dem Gemeinwohl verpflichtete Wohnungsunternehmen vergeben werden. Das ist auch ein wichtiger Schritt, um die Spekulation mit Wohnungen und Boden zu bekämpfen. Unternehmen dürfen keine steuerlichen Anreize und Vergünstigungen für den Ver- und Ankauf von Wohnungsbeständen erhalten. Für Wohnungsverkäufe soll es eine Haltefrist gelten, um Spekulationsgeschäften vorzubeugen. Wir brauchen eine wirkungsvolle Spekulationsbremse!

Für einen Neustart im sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau!

Die Wohnungsnot in deutschen Städten ist systemgemacht: Der soziale Wohnungsbau war lange Zeit nahezu zum Erliegen gekommen und wird nun erst langsam wiederaufgenommen. Gab es Ende der 1980er Jahre ca. 4 Millionen Sozialwohnungen, sind es heute nur noch ca. 1,3 Millionen. Gleichzeitig liegt der Bedarf an zusätzlichen Sozialwohnungen bei über 4,3 Millionen. Hinzu kommen nun die Geflüchteten, somit dürfte er bei ca. 5 Millionen liegen. Trotz der großen Lücke zwischen Bedarf und Bestand geht die Zahl der Sozialwohnungen weiterhin jährlich um 50 000 bis 80 000 zurück, da deutlich mehr Wohnungen jedes Jahr aus der Mietpreisbindung fallen als neue hinzukommen. Wir brauchen daher dringend in deutlich größerer Zahl als bislang sowohl den Bau von neuen Sozialwohnungen als auch Mietpreis- und Belegungsbindungen für bestehende Wohnungen. Dadurch sollen künftig jährlich ca. 250 000 Sozialwohnungen hinzukommen. Neustart heißt auch, das bisherige System der »sozialen Zwischennutzung« zu beenden und unbefristete Mietpreisbindungen für geförderte Wohnungen einzuführen. Eine Sozialwohnung muss immer eine Sozialwohnung bleiben.

DIE LINKE im Bundestag fordert, die Mittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau auf fünf Milliarden Euro jährlich zu erhöhen und eine sachgerechte Mittelverwendung in den Ländern sicherzustellen. Die Fördermittel sollten vorwiegend an öffentliche und gemeinwohlorientierte Träger*innen ausgereicht werden.

Gebaut wird derzeit nur für Reiche. Wir wollen sozial gemischte, lebendige Stadtteile. Bei der Stadtplanung ist zu berücksichtigen, dass auch in neuen Wohngebieten Sozialwohnungen entstehen.



Wir brauchen eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit!

Der Markt wird die Probleme bei der Wohnungsversorgung nicht richten. Deshalb muss eine Alternative zum privatwirtschaftlichen Wohnungsmarkt geschaffen und ausgebaut werden. Anstelle der herrschenden Profitlogik setzt DIE LINKE im Bundestag auf eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit. Wir wollen auf der Gemeinnützigkeit, wie sie bis 1989 bestand, aufbauen und sie an die Erfordernisse unserer Zeit anpassen.

Die neue Wohnungsgemeinnützigkeit folgt einem einfachen Prinzip: Wer sich dem Gemeinwohl verpflichtet, erhält steuerliche Vergünstigungen, Förderungen und andere Anreize und Vorrechte, die helfen, den öffentlichen Auftrag der Wohnungsversorgung für Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen zu erfüllen. Nur so kommen wir weg vom Dogma der maximalen Gewinnerwirtschaftung. Die Gewinne sind gedeckelt und dürfen allein in den gemeinnützigen Zweck reinvestiert werden. Träger der neuen Gemeinnützigkeit können kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, aber z. B. auch kooperative Wohnprojekte werden.



Kommunale Wohnungsunternehmen, Genossenschaften und kooperative Wohnprojekte stärken!

Wohnen ist für DIE LINKE im Bundestag ein Teil der Daseinsvorsorge. Wir sind davon überzeugt, dass Wohnungsversorgung eine öffentliche Aufgabe ist. Bezahlbare Wohnungen sind Teil der sozialen Infrastruktur wie die Bereitstellung von Wasser, Energie und dem ÖPNV. Sie muss als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen verstanden und gestaltet werden.

Wir wollen die Kommunen beim Auf- und Ausbau wohnungswirtschaftlicher Eigenbetriebe unterstützen. Hunderttausende Wohnungen der öffentlichen Hand wurden in den letzten 20 Jahren privatisiert. DIE LINKE im Bundestag fordert einen Rekommunalisierungsfonds des Bundes, damit die Gemeinden ehemals privatisierte Wohnungsbestände wieder zurückerwerben können. Außerdem sollen die Gemeinden ein gesetzlich geregeltes Vorkaufsrecht für diese und andere Mietwohnungen erhalten.

Neben den kommunalen Wohnungsunternehmen sind die Wohnungsgenossenschaften ein wichtiger Partner. Die Unternehmen in Ostdeutschland müssen bei den DDR-Altschulden weiter entlastet werden.

Auch kleinere, am Genossenschaftsgedanken orientierte kooperative Wohnprojekte wie z. B. im Verbund des »Mietshäuser Syndikats«, bei denen alle Mieter*innen ihr Haus im kollektiven Eigentum gemeinsam verwalten, sollen unterstützt werden.

Wohngeld erhöhen, Richtwerte für »Kosten der Unterkunft« anheben!

Lange Zeit galt als Faustregel, dass auch Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Warmmiete ausgeben sollten. Insbesondere ärmere Haushalte müssen aber oft deutlich mehr für ihre Wohnkosten aufbringen, in Städten wie Hamburg und München nicht selten mehr als die Hälfte des Einkommens. Deshalb brauchen vor allem Geringverdiener*innen staatliche Unterstützung.

DIE LINKE im Bundestag fordert, dass Wohngeld anzuheben und regelmäßig an die Entwicklung der Einkommen und der Wohnkosten anzupassen. Außerdem müssen sowohl eine Heizkosten- als auch eine Klimakomponente künftig im Wohngeld enthalten sein. Bei Erwerbslosen sind die sogenannten Kosten der Unterkunft häufig viel zu gering bemessen. Der Bund muss hier finanzielle Verantwortung übernehmen, damit Menschen nicht mehr gezwungen sind, die Wohnungen, in denen sie zum Teil schon seit Jahrzehnten leben, zu verlassen.



Eine Wohnoffensive für Studierende

Auszubildende und Studierende benötigen in unseren Städten wieder mehr Wohnheimplätze. DIE LINKE im Bundestag fordert eine »Wohnoffensive für Studierende« mit dem Ziel, der angespannten Lage auf dem studentischen Wohnungsmarkt entgegenzuwirken und dauerhaft günstigen Wohnraum für Studierende bereitzustellen.



Wohnen ist ein Grundrecht und keine Ware!

Das Grundrecht auf eine menschenwürdige Wohnung gehört als einklagbares Recht ins Grundgesetz. Unsere Verantwortung in der Politik ist es, dafür zu sorgen, dass jeder Mensch dieses Grundrecht auch wahrnehmen kann.

Dafür setzt sich DIE LINKE mit aller Kraft ein. Heute, morgen und in Zukunft!

Kontakt:
Fraktion DIE LINKE im Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 1170, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P.: Heike Hänsel (MdB), Jan Korte (MdB)
Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Bezahlbares und sicheres Wohnen für alle!

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

www.linksfraktion.de